



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/06150**
Datum: 06.09.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.09.2023	öffentlich Entscheidung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	08.11.2023	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	22.11.2023	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Informationskampagne der Stadt zum Masernschutzgesetz

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert eine umfangreiche Informationskampagne zur Masernimpfpflicht bzw. adäquater Immunität für alle Jahrgänge ab 1970 durchzuführen. Insbesondere sind hier auch alle Verantwortung Tragenden und Angestellten von infrage kommenden Gemeinschaftseinrichtungen zu sensibilisieren. In dieser Kampagne soll neben Argumenten auch die durch den Gesetzgeber vorgesehenen Sanktionen von bis zu 2500 Euro thematisiert werden Die Inhalte sollen in allen relevanten Sprachen zur Verfügung gestellt werden.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Die Mitteldeutsche Zeitung berichtete am 21.08. auf Seite 9, dass sich seit Anfang Juli 15 Personen neu mit den Masern infiziert haben, von denen 13 nicht dagegen geimpft waren.

Im Artikel heißt es die typischen Gruppen von Ungeimpften seien neben Impfverweigerern und denjenigen, die einmal einen Termin vergessen, vor allem Roma aus Rumänien. Aus diesem Kreis habe sich beispielsweise allein eine ganze Großfamilie angesteckt.

Deutschland hat sich zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verpflichtet, bis 2020 die Masern und Röteln zu eliminieren. In Deutschland ist die Häufigkeit der Masern durch die Impfung seit den siebziger Jahren bedeutend zurückgegangen. Da die Impfquoten aber noch nicht die erforderliche Höhe von 95 Prozent erreicht haben und eine große Zahl von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht durch Impfungen oder eine eigene Maserninfektion geschützt sind, können die Masern weiter zirkulieren und immer wieder zu zeitlich begrenzten Ausbrüchen führen.

Bei den Drittklässlern lag die Quote in Halle laut Bericht 2020 bei gerade einmal 86%, bei den Neueinschulungen 2022 noch bei 92,9%. Damit liegt Halle unterhalb des Landesschnitts von 95,3% bei Neueinschulungen. Ein Zustand, der angesichts des Masernschutzgesetzes von 2020 nicht tragbar ist.

Die Masern galten in Deutschland bereits als ausgerottet (<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/blog/-/dank-impfen-fast-vergessene-infektionskrankheiten/275236>), doch in den letzten Jahren sind die Infektionswerte wieder rasant angestiegen. Dies veranlasste die Regierung 2020 dazu eine Masernimpfpflicht für Kinder und Mitarbeiter in Schulen und Kindergärten einzuführen. Dass es dennoch so alarmierend niedrige Durchimpfungsquoten in Halle gibt, spricht dafür, dass diese Pflicht aus irgendwelchen Gründen nicht durchgesetzt wird.

Die Amtsärztin verweist auf ein regional begrenztes Geschehen, was eine gesonderte Informationskampagne in der Stadt zu einer sinnvollen Maßnahme werden lässt. Anders als in anderen Landkreisen und Städten des Landes hat Halle hier eine echte Gesundheitsgefährdung für die Bürger vorzuweisen, der es entschieden zu begegnen gilt. Daher wird die Stadtverwaltung aufgefordert hier zu handeln.